

# Beschlussbuch

Leitantrag  
(wird an anderer Stelle veröffentlicht)

Abschaffung der KV-Beitragszahlungen auf betriebliche Alterssicherungen	Seite 02
Asyl für Edward Snowden	Seite 03
Das wird man ja wohl nochmal sagen dürfen!	Seite 04
Suizid darf nicht tabuisiert werden	Seite 05
Arbeitsgruppe „Open Space“	Seite 07
Aufhebung der EU-Kommissionsentscheidung 2000/520/EG (Safe-Harbor)	Seite 08

1 Adressat(innen): SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

2

### 3 **Abschaffung der KV-Beitragszahlungen auf betriebliche** 4 **Alterssicherungen**

5

6

7 Die SPD-Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, eine Gesetzes-Initiative zur  
8 Abschaffung der KV-Beitragszahlungspflicht auf betriebliche Alterssicherungen  
9 (Direktversicherungen) zu ergreifen.

10

#### 11 Begründung:

12 Das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) von 2004 hat die Beitragspflicht für die  
13 Kranken- und Pflegeversicherung für betriebliche abgeschlossene

14 Lebensversicherungen (Direktversicherungen und Pensionskassen) eingeführt. Damit

15 werden die Auszahlungen aus solchen Versicherungen in der Rente mit über 17 %-

16 Versicherungsbeiträgen (volle KV- und PV-Beiträge) belastet. Dies ist angesichts

17 sinkender Neurenten eine weitere finanzielle Belastung von Arbeitnehmern/innen im

18 Rentenalter. Vor allem die rot-grüne Bundesregierung hat die Bevölkerung

19 aufgefordert, zusätzlich zur gesetzlichen (sinkenden) Rente privat vorzusorgen. Jetzt

20 werden alle die bestraft, die genau dies gemacht haben.

21

22

23  Angenommen

24  Abgelehnt

25  Verwiesen an: \_\_\_\_\_

26

1 Adressat(innen): SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

2

### 3 **Asyl für Edward Snowden**

4

5

6 Der Parteivorstand und der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion werden  
7 aufgefordert, sich unmissverständlich für gesichertes Aufenthaltsrecht für Edward  
8 Snowden in Deutschland einzusetzen.

9

10 Der Hinweis darauf, dass der Aufenthalt in Deutschland für Snowden möglicherweise  
11 nicht sicher ist und von daher ein Asyl nicht in Betracht kommt, ist ein Ausweichen vor  
12 dem grundsätzlichen Bekenntnis zu Schutz und Asyl für Edward Snowden.

13

#### 14 Begründung:

15 Edward Snowden hat sich außerordentlich verdient gemacht mit der Aufdeckung der  
16 rücksichtslosen, erdumspannenden und nach deutschem Recht rechtswidrigen  
17 elektronischen Spionage der USA.

18

19 Eine Abwägung strafbaren Verhaltens von Snowden einerseits und der NSA  
20 andererseits ergibt, dass die Taten der NSA und aller ihrer Handlanger ungleich  
21 schwerer wiegen. Demnach ist eine Verfolgung Snowdens politisch motiviert.

22

23 Die USA würden gegen Snowden ebenso vorgehen wie gegen Bradley Manning. Er  
24 wurde bis zum Prozess in Isolationshaft gehalten (zeitweilig ohne jedes Kleidungsstück  
25 oder eine Decke), mit zahllosen Mitteilungen zu seiner Persönlichkeit in der  
26 Weltöffentlichkeit verunglimpft, mit dem Tod bedroht und schließlich zu einer  
27 Jahrzehnte langen Haftstrafe verurteilt.

28

29 Die USA wollen nicht ungesühnt lassen, dass Manning z.B. die Bilder der tödlichen  
30 Menschjagd von US-Soldaten aus einem Kampfhubschrauber weiter gegeben hat, bei  
31 der am 12.7.2007 zahlreiche Zivilisten ohne erkennbaren Anlass nieder geschossen  
32 wurden, dabei auch Zivilisten, die den Angeschossenen zu Hilfe kommen wollten.  
33 Panorama berichtete am 10.2.2011, dass die Todesschützen unschuldig seien, sie hätten  
34 sich an die US-Kriegsregeln gehalten. Auch über 300 dokumentierte Fälle von Folter  
35 wurden durch Manning bekannt.

36

37 Eine Auslieferung eines Verfolgten an einen Staat, in dem solche Willkürakte der Justiz  
38 möglich sind, darf nicht geschehen. Die durchaus zu befürchtenden Übergriffe der USA  
39 sind mit allen Mitteln zu verhindern und nicht als Entschuldigung tauglich für  
40 Ausweichen vor der Kernfrage: Muss Snowden geschützt werden - ja oder nein. Wir  
41 meinen: er muss bedingungslos geschützt werden.

42

43

44  Angenommen

45  Abgelehnt

46  Verwiesen an: \_\_\_\_\_

47

1 Adressat(innen): SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand

2

### 3 **Das wird man ja wohl nochmal sagen dürfen!**

4

5

6 Bereits 2011 haben die Jusos München den Parteiausschluss von Thilo Sarrazin  
7 gefordert, nachdem er in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ Thesen  
8 veröffentlicht hat, die den grundlegenden SPD-Überzeugungen widersprechen. Diese  
9 Thesen hat er mehrmals öffentlich bestätigt und nun auch erneut in einem Buch  
10 wiederholt. Darüber hinaus ist er bei der FPÖ aufgetreten und hat eine Veranstaltung  
11 mit dem Vorsitzenden der AfD moderiert.

12

13 Das alles als Mitglied der SPD, in der er sich „nach wie vor beheimatet fühlt“, obwohl er  
14 der Meinung ist, dass die AfD „gegenwärtig mehr fachliche Kompetenz in ihren Reihen  
15 versammelt als wir in den Spitzen der CDU/CSU und SPD zusammen finden“.

16

17 Wir wollen nicht, dass Thilo Sarrazin weiterhin als Mitglied der SPD auftritt. Das wir  
18 man ja wohl sagen dürfen! Deswegen fordern wir weiterhin den Parteiausschluss von  
19 Thilo Sarrazin und die Wiederaufnahme des Parteiordnungsverfahrens.

20

21

22  Angenommen

23  Abgelehnt

24  Verwiesen an: \_\_\_\_\_

25

1 Adressat(innen): SPD-Bundestagsfraktion

2

### 3 **Suizid darf nicht tabuisiert werden**

4

5

6 Wir fordern eine bundesweite Informationskampagne zur Aufklärung über Suizid  
7 sowie die Entwicklung einer bundesweiten Präventionsstrategie, welche sich an den  
8 Empfehlungen der WHO (WHO, 2012: Public health action for the prevention of suicide.  
9 A framework) orientiert.

10

#### 11 Begründung:

12 In Deutschland sterben jährlich mehr als 10.000 Menschen durch Suizid: Das sind mehr  
13 Tote als durch Verkehrsunfälle, Drogenmissbrauch und HIV/Aids zusammen. Trotzdem  
14 gibt es keine bundesweite Aufklärungskampagne mit dem Ziel, Informationen zu  
15 vermitteln, ein Bewusstsein für das Thema zu schaffen und somit Suizide zu  
16 verhindern.

17

18 Alle 53 Minuten nimmt sich ein Mensch das Leben, etwa alle 4 Minuten versucht es  
19 jemand. Warum gibt es Kampagnen über Verkehrssicherheit, Suchtkrankheiten und  
20 Safer Sex, aber keine über Suizid? Nicht einmal Informationsmaterial zum Thema  
21 Suizid und Depression hält die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)  
22 bereit, beispielsweise für LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen. Dabei ist Suizid bei  
23 jungen Menschen die zweithäufigste Todesursache.

24

25 Suizid ist ein Tabuthema – das muss sich ändern. Denn nur wenn das Thema zur  
26 Sprache kommt, kann man auch handeln. Und helfen. Suizid darf nicht totgeschwiegen  
27 werden. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem man offen über Depression  
28 und seelische Krisen reden kann. Suizide können verhindert werden. Hierfür muss  
29 jedoch ein Bewusstsein für das Thema in der Gesellschaft geschaffen werden. Denn nur  
30 wer Bescheid weiß, kann auch helfen.

31

32 Dies kann wirkungsvoll mit einer Aufklärungskampagne durch die Bundeszentrale für  
33 gesundheitliche Aufklärung (BZgA) erreicht werden. Die BZgA und das  
34 Bundesgesundheitsministerium müssen der Aufklärungsarbeit über Suizid höhere  
35 Priorität einräumen. Außerdem muss das Bundesgesundheitsministerium dafür  
36 notwendige finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

37

38 Wirkungsvolle Suizidprävention bedarf eines umfassenden nationalen  
39 Aktionsprogramms. Das Nationale Suizidpräventionsprogramm für Deutschland  
40 (NaSPro) arbeitet bereits seit 2002 an der Erstellung eines umfassenden  
41 Präventionsprogramms. Diese Arbeit ist deutlicher zu unterstützen und  
42 voranzutreiben. Es kann jedoch noch lange dauern, bis Ergebnisse sichtbar werden.  
43 Eine bundesweite Aufklärungskampagne ist ein wichtiger Schritt in die richtige  
44 Richtung, der bereits viel verändern und Suizide verhindern kann.

45

46 Suizid wird häufig mit dem Hinweis auf den sog. Werther-Effekt, dem Anstieg der  
47 Suizidrate nach ausführlichen Medienberichterstattungen über Suizid, totgeschwiegen  
48 und tabuisiert. Dies darf jedoch kein Grund dafür sein, auf Aufklärung und Prävention  
49 zu verzichten. Eine professionelle Aufklärungskampagne zur Suizidprävention trägt  
50 erwiesenermaßen - ganz im Gegensatz zu unsensibler Medienberichterstattung - zu  
51 einem deutlichen Rückgang der Suizidrate bei. Die unterschiedliche Suizidproblematik

1 in verschiedenen Ländern und Kulturen sowie zahlreiche Studien zur Suizidprävention  
2 zeigen Möglichkeiten der gezielten Beeinflussung der Suizidraten. In verschiedenen  
3 nationalen Programmen, regionalen Initiativen und einzelnen Projekten konnte bereits  
4 eine deutliche Reduktion der Anzahl der Suizide erreicht werden. Das „Nürnberger  
5 Bündnis gegen Depression“ beispielsweise erreichte durch eine gezielte Aufklärungs-  
6 und Fortbildungskampagne über die Depression, Suizide und Suizidversuche bereits  
7 nach zwei Jahren (2001 und 2002) einen Rückgang der Suizide und Suizidversuche um  
8 24% im Vergleich zum Kontrolljahr 2000 und zur Kontrollregion Würzburg.

9  
10 Auch die Weltgesundheitsorganisation WHO kritisiert, dass Suizidprävention in vielen  
11 Ländern nur unzureichend betrieben wird. Sie betont, dass in vielen Gesellschaften  
12 Suizid nicht als fundamentales Problem wahrgenommen und tabuisiert werde. In  
13 einem Großteil der Länder habe Suizidprävention keine Priorität. Deutschland ist eines  
14 davon. Deshalb entwickelte die WHO eine Handreichung für Regierungen zur  
15 Entwicklung von Strategien und zur Etablierung eines Programmes zur  
16 Suizidprävention (WHO, 2012: Public health action for the prevention of suicide. A  
17 framework). An dieser gilt es sich zu orientieren.

18  
19

20 X Angenommen

21 O Abgelehnt

22 O Verwiesen an: \_\_\_\_\_

23

1 Adressat(innen): SPD München

2

### 3 **Arbeitsgruppe „Open Space“**

4

5

6 Der UB der SPD München möge eine Arbeitsgruppe einrichten, die eine "OpenSpace"-  
7 Veranstaltung für alle Münchner SPD Mitglieder plant und durchführt, mit dem Ziel,  
8 dass die Mitglieder sich untereinander besser kennen lernen und ihr Potential und  
9 Wissen besser einsetzen können. Gleichzeitig soll damit ein Veränderungsprozess in  
10 der SPD angestoßen werden. Wir beide [*Beate B. und Michael O.; Anmerkung d.*  
11 *Geschäftsstelle*] sind mit dabei.

12

13

14  Angenommen

15  Abgelehnt

16  Verwiesen an: \_\_\_\_\_

17

1 Adressat(innen): SPD-Bundestagsfraktion, MdEP

2

3 **Aufhebung der EU-Kommissionsentscheidung 2000/520/EG**  
4 **(Safe-Harbor)**

5

6

7 Wir fordern die Europaabgeordneten, sowie die Bundestagsabgeordneten der SPD auf,  
8 auf die neue EU-Kommission, sowie auf die Bundesregierung, so einzuwirken, dass die  
9 Resolution des Europaparlaments vom März 2014 zur EU-Kommissionsentscheidung  
10 2000/520/EG umzusetzen ist, da diese aus der Vor-Lissabon Zeit stammt und nur so die  
11 Grundwerte europäischer Bürger auf Datenschutz (Charta der Grundrechte der  
12 Europäischen Union, wirksam seit 2009) sichergestellt werden kann indem hier neue  
13 und transparente Verhandlungen erzwungen werden.

14

15 Begründung:

16 Das Safe Harbor Abkommen, soll den personenbezogenen Datenaustausch zwischen  
17 den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union vereinfachen, indem sich  
18 amerikanische Firmen verpflichten das gleiche Datenschutzniveau für  
19 personenbezogene Daten europäischer Bürger sicherzustellen, wie es in Europa üblich  
20 ist. Wie wir in den letzten Monaten und Wochen lernen konnten, können  
21 amerikanische Firmen dieses aufgrund von US Recht faktisch gar nicht sicherstellen,  
22 dementsprechend ist die Entscheidung der Kommission aufzuheben.

23

24

25 X Angenommen

26 O Abgelehnt

27 O Verwiesen an: \_\_\_\_\_